

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Verlag
der
Verlagsanstalt
Göteborg, Schweden
Herausgeber
Karl Liebknecht
Hilfsredakteur
Hans Adler

Abonnements
Jahresabonnement
1 Mark 50 Pf.
Halbjahresabonnement
80 Pf.
Vierteljahresabonnement
50 Pf.
Einzelhefte
10 Pf.

№ 30.

Werte an die Redaktion und Expedition des in Berlin erscheinenden „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beachtung der obigen Verhältnisse abgeben lassen. In der Regel findet man uns bei Briefen nicht bereit, sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen eingetragene.

22. Juli 1887.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Noch einmal Irland in Deutschland.

Das köstliche Gefühl auf Erden, das ist und bleibt: ein Deutscher sein!
— mit diesem Verse, dessen Logik noch holpriger ist als seine Konstruktion, schloß neulich Herr Alfred Klaar in Prag, Obmann des dortigen Vereins Konfordia, eine Festrede auf Alfred Meißner. Nun ja, wenn man sein gutes Auskommen besitzt, alles Gefühl für Recht und Freiheit aufgegeben hat und in jedem Nichtdeutschen entweder einen verkommenen Menschen oder einen Halbbarbaren erblickt, so muß der Gedanke, mit Jhring-Mahlow und ähnlichen Individuen „eines Stammes“ zu sein, das Bewußtsein sehr erheben; wer aber an Deutschland und seine Zustände den Maßstab anlegt, nach dem allein eines Landes Wert bemessen werden kann, wer die sozialen, politischen, rechtlichen Verhältnisse näher untersucht, die in Deutschland herrschen, den überkommt, wenn er selbst Deutscher ist, ein Gefühl, das das genaue Gegenteil von „köstlich“ ist.

Freiheit und Recht — in welchem Lande außer Rußland werden sie heute frecher mit Füßen getreten als in Deutschland?

In welchem Lande wird die Verknechtung intensiver und mit mehr Erfolg betrieben als in Deutschland?

Wir haben in der vorigen Nummer einen Vergleich angeführt zwischen dem irischen Zwangsgezet und dem deutschen Sozialistengesetz, und gefunden, daß das erstere noch ein Ideal von Freiheit bedeutet gegenüber dem letzteren, und daß in Deutschland, selbst ohne Sozialistengesetz, die vorwärtstrebende Bevölkerung mehr drangsalirt und geschädigt werden kann und wird, als die Iren von Seiten der englischen Landjunker.

Was hatten die Irlande nicht alles getan, als man sich englischerseits dazu entschloß, ein „Spezialgesetz“ gegen sie zu erlassen!

Sie hatten den Landlords mit Hilfe des Boykotts und der Abgaben des „Feldzugsplans“ in einer Weise zugeführt, daß diese in höchster Gefahr standen, ihr ganzes, von ihren Vorfahren zusammengeerbtes „heiliges“ Eigentum zu verlieren, wenn sie nicht einen letzten Versuch wagten, dem rebellischen Irland das weitere Herabdrücken der Pachtzinse auf irgend welche Weise zu erschweren.

Das irische Zwangsgezet soll den Landlords ermöglichen, eine „Bodenreform“ durchzuführen, bei der die bisherigen hohen Pachtzinse zu Grunde gelegt und die Garantie für dieselben erodiert dem Staat aufgehoben werden. Sie soll die „Ordnung“ schützen helfen im Klasseninteresse der Großgrundbesitzer, d. h. damit diese während des Herrschens dieser Ordnung ihr „Schäfschen“ hübsch ungeföhrt in's Trockene bringen können.

Das ist bekanntlich auch der Zweck des deutschen Zwangsgezetes, vulgo Schandgezetes. Nur daß die deutschen Arbeiter, gegen die es sich in erster Reihe richtet, absolut nichts getan hatten, was in irgend eine Parallele mit dem, übrigens an sich durchaus berechtigten Vorgehen der Irlande gestellt werden könnte. Sie hatten durchaus auf Grund der bestehenden Gesetze für ihre Interessen und ihre Bestrebungen agitiert, von irgend welchen Versuchen, auf anderem Wege als dem der Ausnützung gesetzlich bestehender Rechte die Bestrebungen zu bekämpfen, war keine Rede.

Nicht vor drohenden Verlusten zu schützen, war sein Zweck, sondern einen Raubzug gegen die Taschen der Armen, bzw. eine ganze Reihe von Raubzügen zu fördern. Es war und es ist ein Gesetz zum Schutz der unsamsten Wegelagerer; die je von den Großen gegen die Kleinen betrieben worden ist.

Mit den Kornzöllen begann sie, und da diese den größten Gewinn nicht zur Folge hatten, so kam das Branntweingesez, das den armen Leuten ein wesentliches Lebensmittel enorm verteuerte und den Großen die Schnaps-Milliarde in den Schooß warf, und hinterher kam das Zuckersteuergesez mit ganz denselben Wirkungen. Aber das genügt den deutschen Landlords noch nicht. Der Appetit wächst mit der Beute. Schon haben sie neue Projekte ausgeheckt, auf Kosten der Volksmasse sich extra zu bereichern. Eines derselben geht darauf hinaus, die Getreidezölle noch weiter zu erhöhen, zugleich aber den Identitätsnachweis abzuschaffen, d. h. wenn die Herren Großgrundbesitzer, z. B. ihren besseren Weizen nach England exportieren, dann soll ihnen, ebenso wie es jetzt auf vorher eingeführten Weizen geschieht, der Einfuhrzoll, den sie zur nicht bezahlt, ohne Weiteres „rückvergütet“, mit anderen Worten, aus der Kasse der Steuerzahler in die allezeit gefüllten Taschen geworfen werden.
Ist eine größere Unverschämtheit denkbar? Aber die Herren können sich dergleichen ungestraft leisten, denn das Volk ist an

Händen und Füßen geknebelt, weit mehr noch geknebelt als das irische.

Das irische Zwangsgezet verhindert oder soll das irische Volk verhindern, gegen habgierige Landjunker Selbsthilfe zu üben, das deutsche Schandgezet macht dem arbeitenden Volk Deutschlands selbst die Agitation zur Wahrung seiner Interessen in den gesetzgebenden Körpern unmöglich.

Das irische Zwangsgezet entreißt den Irändern eine oder einige Waffen des Kampfes, läßt ihnen aber die wesentlichsten ihrer politischen Rechte; das deutsche Schandgezet macht den deutschen Arbeitern den politischen und den wirtschaftlichen Kampf gleich schwer.

Das irische Zwangsgezet soll die Iränder verhindern, früher geraubtes zurückzuerobern, das deutsche Schandgezet soll das arbeitende Volk Deutschlands an jeglichem Widerstand — mehr noch, an jeglicher Agitation gegen neue Raubattentate verhindern.

Es läßt den deutschen Arbeitern nominell das Wahlrecht, verbietet ihnen aber die zur Ausübung des Wahlrechts erforderliche Organisation. Sein ausgesprochenes Ziel ist, die Arbeiterklasse wehrlos, die Opposition gegen das herrschende System mundtot zu machen. Es ist nur ein besonderes Glied in einer Kette dem gleichen Zweck bestimmter Maßregeln und Einrichtungen. Ein besonderes, aber keineswegs das abschließende Glied.

Im Gegenteil, immer neue Gesetze und Gesetzesauslegungen werden erfunden, jede thatkräftige Regung im Volke zu ersticken.

Das irische Zwangsgezet gestattet dem Generalanwalt von Irland, wenn Verbrechen begangen wurden, Zeugen zu vernehmen, auch wenn kein Angeklundigter vorhanden ist. Unter dem deutschen Schandgezet werden, auch ohne daß Verbrechen oder Vergehen irgend welcher Art begangen wurden, Verhaftungen in beliebigem Umfange vorgenommen, um Zeugnisse für ein erst konstruiertes Vergehen zu erpressen.

Welches sind die Verbrechen, wegen deren seit Bestehen des Schandgezetes Tausende von Deutschen in die Gefängnisse wandern mußten, um ihre Existenz gebracht wurden? Theilnahme an Verbindungen, die in Irland kein Mensch verbieten würde, Verbreitung von Druckschriften, die nicht zum zehnten Theil so aufreizend gehalten sind wie die in Irland ungehindert zirkulirenden.

Indeß, wie gesagt, das Schandgezet genügt noch nicht. Mit seiner Hilfe kann man zwar alle, auch die nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht verbotenen Arbeiterbestrebungen unterdrücken, aber es trifft die bürgerliche Opposition nicht stark genug, lähmt sie nur indirekt. Daher die Sucht nach neuen Zwangsmitteln, die Maßregelungen bürgerlicher Mitglieder der Armee-Reserve, daher die rabulistische Ausnützung des Unfug-Paragrafen, die ein ganzes Ausnahmesez gegen die Presse aufwiegt und deshalb durch die Rechtsgelehrer-Akademie in Leipzig die gebührende Sanktion erhalten hat. Deutsch-Irland ist noch nicht groß genug, es muß nach dem bekannten Refrain „noch größer sein“. Alles, was nicht in das Horn der regierenden Landjunker und Schornsteinritter kößt, wird geknebelt, zu Ruß und Frommen der ungehinderten Volksausplünderung.

Die schamlosen Verhaftungen, die sich von Woche zu Woche häufen, das brutale Vorgehen gegen die Arbeitervereinigungen, die polizeilichen Einschüchterungen aller Art — kurz, alle unter dem Deckmantel der Sicherung von Staat und Gesellschaft verübten Gewaltthaten, sie haben einzig und allein den Zweck, einer kleinen Clique gewerbmäßiger Volkschinder für ihr schmutziges Handwerk freie Bahn zu verschaffen.

Die Irlande erhielten ein Zwangsgezet, weil sie das Eigentum der Landlords schädigten, das arbeitende Volk Deutschlands wird unter schmachvolle Ausnahmegeetze gestellt, weil seine Landlords ihm sein schmales Einkommen kürzen wollen. Immer deutlicher tritt dieser Zusammenhang zu Tage. Jedesmal wenn ein neuer Spießhüttenstreich gegen die Taschen des deutschen Volkes in Szene gesetzt wird, wird auch zugleich des Riemen des Polizeigesezetes straffer angezogen. Die schärfere Handhabung desselben fiel seit seinem Bestehen stets zusammen mit neuen Belastungen des deutschen Volkes zu Gunsten der schnapsbrennenden u. „Erwerbigenossen“ des Lenkers der deutschen Politik.

Die Partei der deutschen Arbeiter hat bis jetzt das auf ihr lastende Unterdrückungsgesez mit einer wahrhaft beispiellosen Geduld ertragen. Allerdings hat sie sich durch dasselbe nicht zwingen lassen, politisch abzutanken — einem Gesetz, welches das Atmen verbietet, wird kein Mensch gehorchen —, aber sie hat sich damit begnügt, trotz dem Gesetz als Arbeiterpartei zu existieren, dagegen alle Drangsalirungen mit dem Bewußtsein des schließlichen Sieges ihrer guten Sache ruhig, man könnte fast sagen, mit gutem Humor hingenommen. Indeß schließlich findet auch die Geduld des Geduldigsten einmal ihr Ende. Wenn die Arbeiter sehen müssen, wie ihre Widersacher, je mehr sie sich gefallen lassen, nur immer frecher auf ihnen herumtrampeln, wie sie für zehnmal mächtigeres Vorgehen als die Irlande zehnmal ärgere Verfolgungen erdulden müssen, dann werden sie mit Gewalt auf die Frage gestoßen, ob es ihnen schlimmer ergehen könnte, wenn sie eines Tages aufstehen, ihren Beinigern statt auf deutsch auf irisch zu antworten.

Wünschen die Herren, daß es dahin kommt, dann brauchen sie nur so weiter vorzugehen, wie es jetzt geschieht, wo man den Arbeitern sogar den gesetzlichen Wahlkampf unmöglich macht. Aber auf ihr Haupt die Verantwortung für alle Folgen der Herbeiführung irischer Zustände in Deutschland!

Manifest

Zentral-Wahl-Komitee der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

an die Wähler des Deutschen Reiches.

Da das Manifest in Folge der von der Polizei, im Verein mit dem Stephan'schen Hof- und Raybach'schen Eisenbahn-Einbrecherbande, begangenen Diebstehlen an mehreren Orten nicht zur Verbreitung gelangen konnte, und bei der ungewissenhaft dokumentarischen Bedeutung desselben für die Partei, kommen wir hiermit einem vielseitig an uns erlangenen Gesuch, es vollständig im „Sozialdemokrat“ nachzudrucken, bereitwillig nach.

Am Tage der Auflösung des vorigen Reichstags wendeten wir uns an Euch, legten dar, um was es sich bei der bevorstehenden Neuwahl handelte, und forderten, nachdem wir kurz und bündig unsere Bestrebungen und Ziele zusammengefaßt, die Wöffe der deutschen Wähler auf, in ihrem eigenen Interesse, im Interesse unseres Volkes und unseres Vaterlandes, für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen.

Inbesondere zeigten wir, mit Rücksicht auf den Anlaß der Reichstags-Auflösung, die ungeheuren Uebel des Militarismus, in welchem die Kriegsgesahr der Gegenwart liegt, und dessen vollständige Beseitigung notwendig sei, wenn der Friede erhalten und die Freiheit begründet werden solle. Als Gegenstand des Streites zwischen Regierung und Volksvertretung stellten wir die Frage hin: Wessen Wille hat in Deutschland mehr zu gelten, der des Reichsfürstentums oder der des Reichstages?

Daß unsere Auffassung der Dinge den Verhältnissen entsprach, kann heute, wo die Wahlkämpfe begonnen sind und für die Stich- und Schlagwörter bereits die Probe der Praxis begonnen hat, keinem denkfähigen Menschen mehr zweifelhaft sein.

Rechtlich zu urtheilen, ist freilich vergleichsweise leicht, und das nachträgliche Urtheil kann an den vergangenen Thatsachen nichts ändern. Allein auf die kommenden Ereignisse ist es von Einfluß. Die Wahlkämpfe des 21. Februar läßt sich nicht ungeschöhen machen — mit ihr ist jedoch die deutsche Geschichte nicht abgeschlossen, neue Wahlkämpfe stehen uns bevor, wo das Volk seine Urtheilskraft braucht, um den Kampf um das Recht siegreich zu beenden.

Und um Waffnen zu liefern für diesen Kampf, in welchem der 21. Februar nur eine Etappe bildet, werden wir uns jetzt nach der Wahlkämpfe von Neuem an Euch, Reichenschaft abzuwenden, die Lehre der letzten Wahl zu ziehen und nach Reifem Rathsch zu schaffen.

Wenn das Volk weiß, um was er sich handelt, dann wird es auch das Richtige thun.

Hätte die Masse der Wähler vor der letzten Wahl gewußt, daß es sich um das Recht der Volksvertretung und um den Militarismus handelte, so würde die erdrückende Mehrheit der Wähler für das Recht der Volksvertretung und gegen den Militarismus ihr Votum in die Waagschale geworfen haben.

Die ganze Wahltaktik unserer Gegner war deshalb: die Wählerschaft über die Gründe und die Bedeutung der Neuwahlen zu täuschen.

Es wurde dem Volke vorgebetet, Deutschland sei in unmittelbarer Kriegsgesahr und die Bemühtung des erhöhten Militarismus auf sieben Jahre die einzige Möglichkeit, diese Kriegsgesahr abzuwenden.

Daraus folgte, daß die große Majorität des aufgelösten Reichstags aus Bewußten oder unbewußten Landesverräthern bestanden habe, und daß Jeder, der die Feinde nicht im Lande haben wollte, für einen Anhänger des Septennats stimmen mußte.

Durch ein Taschenspielerkunststück wurde auf diese Weise die konstitutionelle Frage, um die es sich handelt: Reichstag oder Reichsfürstentum? wegkammotirt und durch die andere Frage, um welche es sich nicht handelte, ersetzt — durch die Frage: Soll durch die Ablehnung des Septennats der Krieg heraufbeschworen oder durch Annahme des Septennats der Friede gesichert werden?

Das Septennat ist der Friede.

Und da — mit Ausnahme der Reinen, nicht in den Oppositionsparteien befindlichen Minorität, für welche der Krieg ein lohnendes Geschäft ist — ein Jeder die Erhaltung des Friedens wünscht, so hatten die Erfinder der gefältschten Wahlparole nichts Anderes zu thun, als den Volksmassen weismachen, daß die Kriegsgesahr wirklich bestche, und daß die Fortdauer oder die Beseitigung der Kriegsgesahr mit dem Septennat zusammenhänge.

Beides war unmöglich, solange das Volk eine normale Denktätigkeit ausübte. Denn es lag auf der Hand — und war auch vom Reichskriegsminister ausdrücklich erklärt worden —, daß im Falle eines Einbruchs der Feinde das Septennat unseren Verteidigungskräften auch nicht einen Mann und nicht einen Groschen hinzugefügt hätte. Und ebenso greifbar war die Thatsache, daß die fremden Regierungen weder gewillt noch im Stande waren, einen Krieg gegen Deutschland mit Rücksicht auf Erfolg zu unternehmen.

Die Furcht hat keine Vernunft. Es galt demnach, die Volksmassen in Schrecken zu versetzen, an die blinden Leidenschaften zu appelliren.

Und das wurde denn mit Ausbeut aller, den Feinden des Volkes zur Verfügung stehenden Mittel, und mit Hinzusetzung jeder Scham und jeder Roral durchgeführt. Sie hat die auf den Unterhand spekulirende Niedertracht tollerere Degnen geleistet. Sie ist mit gleicher Rücksichtslosigkeit ein gleiches Lügengebäude aufgerichtet worden. Lüge wurde auf Lüge gehäuft — ein babylonischer Thurm, um Sinne und Geist der Menschen zu verwirren. Die Franzosen standen schon an der Grenze. In Bretterverklagen waren Hunderttausend vorläufig untergebracht, auf das Bröcken zum Losbruch wartend. — Eine Schauernachricht jagte die andere.

Anfangs verhielt sich die Masse der Wählerschaft ruhig. „Es sind Wahlmänner“, sagte man sich. Doch die Wiederholung in an gewaltiger Macht. Der Tropfen höhlt allmählig den Stein; und die

Papier nicht geschleudert ihm könne, als sich ihrer so bald als möglich zu entledigen, sie abzuschütten, wie der gewöhnliche Ausdruck lautet. Das ist alles recht schön, und was über die Fertilität der russischen Finanzen und die Wertlosigkeit der russischen Staatspapiere gesagt wird, ist auch vollkommen richtig.

Warum wurde es nicht früher gesagt? Warum wurde es nicht gesagt, ehe das deutsche Publikum auf den russischen Reim ging und sich um 2000 Millionen Mark beschwindeln ließ? Warum haben dieselben Blätter, die heute die russischen Staatspapiere in ihrem wahren Wert oder Unwert zeigen, vor jetzt vier Jahren dem deutschen Publikum das Gegenteil gesagt, und die russischen Staatspapiere als Günstlinge herausgerufen?

Warum haben die Brodgeber dieser Blätter, die Bismarck und Konforten, damals Alles aufgebieten, um durch amüßliches wie nicht amüßliches Eingreifen die russischen Staatspapiere in Deutschland beliebt zu machen und dem deutschen Publikum „aufzuhängen“? Warum wurde das preussische Staatsministerium der Seehandlung veranlaßt, die russische Anleihe gewissermaßen unter den Schutz und die Garantie der preussischen und also auch der deutschen Regierung zu stellen? Als vor anderthalb Jahren ein sozialdemokratischer Abgeordneter, Lieberich, diese Praktiken aufdeckte, die absolute Wertlosigkeit der russischen Staatspapiere nachwies und gegen die deutsche Regierung die Anklage erhob, daß sie die Uebernahme des deutschen Marktes mit wertlosen russischen Papieren verschuldet habe — es war in der Reichstags-Sitzung des 8. Februar 1886 — da wurde Lieberich für einen „Helfershelfer“ der Rißfischen erklärt.

Heut befinden sich die Regierungsblätter in Bezug auf den Wert der russischen Staatspapiere in vollster Uebereinstimmung mit dem „Helfershelfer der Rißfischen“, und plündern dessen Rede, die sie vor anderthalb Jahren denunzierten.

Natürlich hätten sie sich, der schmutzigen Rolle zu erwähnen, welche die deutsche Regierung in dieser schmutzigen Affäre gespielt hat. Dürften sie es, hätten sie es, so wären sie eben keine Reptilien.

Und nun: weshalb und wozu diese veränderte Haltung? Was sind die Beweggründe, was der Zweck? Die Interessen des deutschen Publikums gewiß nicht. Denn jetzt kann nichts mehr werden. Die „Abkühlung“, zu welcher die Reptilien rathen, ist eine einfache Unmöglichkeit. Die Engländer, Holländer und Franzosen, welche mit Hilfe Bismarck's und seiner Leute dem deutschen Publikum die in ihrem Besitz befindlichen werthlosen russischen Staatspapiere zu ihrem vollen nominalen Wert „aufhängen“, sind natürlich nicht so tödlich, den betrogenen und beschwindelten Deutschen die werthlosen russischen Papiere wieder abzunehmen — außer als Kaskadur, die ja auch einen Hinderniß bildet.

Die Warnung kommt zu spät, der Schaden ist angerichtet und das Geschworne läßt sich nicht ungeschoren machen.

Aber dem guten Michel kann ein neuer Aberlaß appliziert werden.

Durch die wohlgemeinte „Warnung“ wird der Kurs der russischen Staatspapiere heruntergetrieben. Hier so tief, wie „man“ ihn haben will, so kauft „man“ die entwerteten Papiere an maass und läßt dann sofort in all den Zeitungen, welche jetzt „warnen“, Artikel veröffentlichen, welche vor allzu großen Besorgungen warnen, den Zustand der russischen Finanzen als immerhin noch nicht ganz verwerflich hinstellen. Und — die Papiere gehen wieder etwas in die Höhe. „Man“ verkauft nun wieder, steht die Differenz — im Betrag von vielen Millionen — in die Tasche. Und — gelegentlich wird das Spiel fortgesetzt.

Nicht wahr, wir hätten recht: wenn Spitzbuben ehrlich werden, haben sie ihre spitzbübischen Gründe?

Jedenfalls liefert diese Episode der russischen Wertpapiere einen interessanten Beitrag zur Naturgeschichte des deutschen Reichs und seiner „Brüder“.

Wie die Sozialdemokratie bekämpft wird. Die wollen hier nicht von den politischen Putzereien reden, sondern von der sogenannten „geistigen Bekämpfung“ der Sozialdemokratie durch die kapitalistische Presse. Und zwar wollen wir nur ein charakteristisches Beispiel herausgreifen.

Wie wir bereits in voriger Nummer mittheilten, hat die Berliner „Post“, das Organ der „Arbeitervorteil“, jener Partei, die absolut keinen andern Standpunkt kennt als den jenseits von Bismarck approbirtes, herausgefunden, daß es mit der sozialdemokratischen Parteikonferenz in Kassel doch seine Wichtigkeit habe, wenn auch zehnmal festgestellt sei, daß diese angebliche Konferenz nur aus einer Generalversammlung einer Arbeiterkrankenkasse bestand. In einem langen Artikel führt das Blatt, das sich auf seine „Wissenschaftlichkeit“ und „Respektabilität“ ungeheuer viel zu gute thut, aus, daß zwischen Gemeindefreien und Arbeitervereinen und der sozialdemokratischen Partei eigentlich gar kein Unterschied bestehe, so daß es demnach kein wesentlicher Frechheit sei, wenn eine General-Konferenz für einen sozialdemokratischen Kongress gehalten werde. In Wirklichkeit sei besagte Gemeindefreienversammlung doch ein sozialdemokratischer Kongress gewesen. Zu einem solchen hätten auch sehr wichtige und dringende Gründe vorgelegen; denn die Geheimbündnisse bereiten der sozialdemokratischen Partei große Schwierigkeiten, mit denen die Parteileitung sich schon ernsthaft beschäftigt habe. Um diesen Geheimbündnisse für die Zukunft vorzubeugen, habe die Parteileitung vor einiger Zeit ein Mandat erlassen, in welchem sie sich gegen die bisherige „Geheim-Organisation“ ausgesprochen, und an deren Stelle die Gründung eines Agitationsbundes in Kassel (i) befürwortet habe. Der Vorschlag sei jedoch auf Widerstand gestoßen, namentlich bei den Berliner Genossen. Kurz — und damit schloß der klassische Artikel — die sozialdemokratische Partei stehe in einer festigen Krisis, und die Befreiendheit sei so groß, daß ein Kongress der Führer notwendig hätte erscheinen müssen. — Und wohlgerneht, ein der größten, „geachteten“ und vornehmsten deutschen Blätter ist es, das dieses Zeug dem Publikum aufgeschwatzt hat.

Wir denken natürlich nicht an eine Widerlegung des aberwitzigen Geschreibels, das wir überhaupt nur erwähnen, weil es so recht deutlich zeigt, welcher Art die „geistigen Waffen“ sind, mit denen unsere Feinde die Sozialdemokratie „bekämpfen“. Die fraglose Unwissenheit, gepaart mit niedriger Denunziationslust und schließlich das alte Klischee von der „Führerlosigkeit“ („Auflösung“) der Sozialdemokratie, welches nur das indirekte Eingeständnis der Unfähigkeit zur „Bekämpfung“ unserer Partei ist! Oder hätte es einen Sinn, eine Partei zu „bekämpfen“, die an ihrer eigenen „Führerlosigkeit“ zu Grunde geht?

hat man es erst jetzt für opportun gehalten, einzuschreiten, nachdem gewisse „Berufliche“ bei den Berliner Genossen, trotz wiederholter Ermahnungen, festgehalten? Es wäre sicher sehr interessant, wenn der Polizeiberichterstatter der „Nationalzeitung“, der zweifelsohne besser unterrichtet ist als wir, auch über dieses Thema der Welt etwas mittheilen wollte.

— Auf der gleichen Höhe der Gefinnung wie der Schreiber des „Post“-Artikel's steht der bekannte (christlich)ernde Spiegel, der in der „Kölnischen Zeitung“ seine — „Einschlüßungen“ ablagert. Dieser Spieglel hat nämlich entdeckt, daß der „Sozialdemokrat“ den Anarchisten Peuser fortwährend heilig bekämpft, während er den Anarchisten Dave sorgfältig in Schutz nimmt. Für diesen „Zweipalt der Natur“ des „Sozialdemokrat“ findet sich, so meint er, vielleicht — und dieses „vielleicht“ verräth kein gutes Gewissen — eine Erklärung in den Verhältnissen der deutschen und besonders der Berliner Sozialdemokraten. In den Reihen derselben regt sich seit einiger Zeit der Geist der Inquisitorien gegen die „Kührerlosigkeit“ im Reichstage und eine entschiedene Neigung zum Anarchismus. Diese Stimmung macht sich nicht selten in Aufschriften an die Londoner „Autonomie“ Luft, wovon die Herren in Paris natürlich Kenntnis haben. Nun liegt es naturgemäß im Interesse der Führer, die Anarchisten als Polizeigenossen hinzustellen, um einen förmlichen Uebertritt zu verhindern und nicht eine größere Anzahl von Abonementen zu verlieren. Sollte dieses Vorhaben gelingen, so könnte man sich ja nur darüber freuen, selbst wenn das Mittel ein so zweifelhaftes ist. Dagegen wird im Gegensatz zu den anderen Anarchisten von dem Führer Sozialdemokratie gehandelt, weil er mit den Führern der belgischen Arbeiterpartei gut befreundet ist und diese wiederum nahe Beziehungen zu den Führern haben sollen.

Ran muß gesehen, der journalistische Spieglel verhält sich auch handwerklich. Auf der einen Seite jodelt er sein polizeiliches Gewissen durch den Ausdruck seiner Freude über die Bloßstellung Peuser's, auf der andern weiß er die Motive unserer Angriffe auf denselben so geschickt zu verdrängen, wie es Peuser's bester Freund nicht besser hätte thun können. Rein, reiner Herr, daß der „Sozialdemokrat“ Dave je in Schutz genommen, ist eine unantastbare Lüge. Dave ist als Anarchist unser Gegner und ist von uns nie anders denn als solcher behandelt worden. Daraus würde auch seine Freundschaft zu den Führern der belgischen Arbeiterpartei nichts ändern, denn wir lassen uns in unserer Stellungnahme nicht durch persönliche Beziehungen beeinflussen. Und ebensowenig durch Konfurrenzen, die höchstens für Spieglel möglicherweise sein mögen. Unsere „heilige Bekämpfung“ des Peuser hat mit der „Autonomie“ als anarchischen Parteiorgan wie überhaupt mit der anarchischen Richtung als solcher gar nichts zu thun, sie gilt ausschließlich dem gewissenlosen Abenteuer, den unerschrocken zu machen, weil mehr im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung als irgend welcher Partei liegt. Den Anarchisten Peuser hätten wir so wenig angegriffen als wir uns mit den Anarchisten Krapotin, Reue, Touss, Dave u. Beschäftigen, denn wir bekämpfen die Lehren der Anarchisten und nicht ihre Personen.

Doch wann sagen wir das Alles? Das weiß der Spieglel der Kölnerin ja ebenso genau, wie er den Weg kennt, auf dem gewisse Berliner Korrespondenten in die Redaktion einer gewissen Londoner Zeitung gelangen. Oder sollte der Schriftsteller Heinrich dieses Geheimnis für sich behalten haben?

— Die Unwissenheit der Franzosen ist bekanntlich ein ständiges Thema in der gutgeleiteten deutschen Presse. Rein Deutschland in einer französischen Zeitung, der dem spitzbübischen Auge der deutschen Spitzritter nicht entgeht, der nicht sofort mit einem Zeugnisschrei an die große Glocke gehängt würde, zu Ruhm und Frommen des deutschen Philisters, der sich, wenn er so schwarz auf weiß von dem Wangel an „Bildung“ bei dem Nachbarvolk hört, ungeheuer großartig vorlaut in dem geborenen Selbst: wir Deutsche sind doch viel gebildeter!

Nun, wie Deutsche? sind eben etwas später in die Reihe der modernen Nationen eingetreten und haben infolge dessen die Sprache und die Beschaffenheit unserer Vorgänger ererbte und studieren müssen als diese die unsere. Das ist eine unläugbare Thatsache und macht bisher einen Vorzug der Deutschen aus, den man aber grade heute, in der Zeit des heranzutretenden Nationalitätskampfes, nach Kräften aufzugeben beabsichtigt. Und auch uns gebildeten Deutschen passiert es nicht selten, daß wir uns mit unsern Kenntnissen in den Augen anderer Völker ganz gehödig blamieren. Namentlich wissen die amerikanischen Zeitungen davon zu erzählen. So konnte man vor einiger Zeit in der ganz besonders gebildeten „Kölnischen Zeitung“ lesen, daß der Kaiser-Wilhelm (Buffalo-Bill, der in London seine Schwelgereien gibt) und seine Ruh-Jungen oft Tausende und Zehntausende von Haiseln trieben und hüteten. Diese Mittelstellung hat in Amerika große Heiterkeit erregt. Daß die Haisel ein fast verschwundenes Viehgeschlecht sind und daß man sie bis jetzt nur ausnahmsweise geahnt, aber niemals zum Zwecke der Schlächterelei oder Mäherlei geahnt hat, scheint dem Weltblatt an Rhein eine verborgene Sache zu sein. Die ungeheuren Herden hässlicher gutmüthiger Rälbe und der etwas wilderen Stiere, welche auf den großen Viehweiden des Westens weiden, hält die „Kölnerin“ für Haiselweiden und die Ruh-Jungen sind in ihren Augen Haisel-Jungen. „Können denn selbst die besten Zeitungen Europa's gar nicht über dieses Land Amerika in's Klare kommen?“ fragt der „Phil. Demokrat“.

Run, die beste Zeitung ist die „Kölnische Zeitung“ auch nicht, wohl aber eine der arroganteren. Der Dämpfer ist ihr deshalb sehr zu gönnen.

— Die Reichsgauner-Moedemie an der Arbeit. Ein Preßprophet der Berliner „Post“ hat den Jesuitenwägern des Reichsgerichts die erwünschte Gelegenheit gegeben zur ausdrücklichen Rechtfertigung der neuesten Praxis, für Alles, was der Polizei und dem in Preußen-Deutschland herrschenden Strebertum von Staatsanwälten und Richtern nicht paßt, und dem mit anderen Paragraphen des Strafgesetzbuches nicht beizukommen ist, den Inflagraparagraphen anzuwenden. Die Sache ist für die deutschen Rechtszustände so charakteristisch, daß es sich lohnt, näher darauf einzugehen.

Die „Post“ hatte aus einem Lokalantheil des Südbayer Kreises eine Notiz abgedruckt, wonach bei eines dortigen Mordverurtheilten Soldaten der Dige zum Opfer gefallen seien, was sich später als übertrieben herausstellte. Trotzdem evident war, daß die „Post“ in gutem Glauben gehandelt, fanden die Staatsanwaltschaft und als deren Logg der Strafkommission der Berliner Landgericht nicht einleuchtete, die Rechts-Ans und Einleger des Reichsgerichts, daß sich das konservative (!) Blatt des „groben Anzugs“ schuldig gemacht, denn, so lautete das Konstruktum von Jesuitismus:

„Das Bewußtsein, das Publikum zu gefährden oder ungebührlich zu belästigen, brauche dem Thäter nicht betrogen zu haben, und auch sein Glaube an die Wahrheit der die Beunruhigung bewirkenden Thatsachen sei deshalb nicht entscheidend, weil derselbe eine Verschuldung an dem Erfolge nicht ausschliesse, sofern dieser bei Anwendung der gehörigen Aufmerksamkeit und Ueberlegung — man denke, der Abdruck einer Notiz aus einer, am Orte des angeleglichen Ereignisses erscheinenden Zeitung! — hätte vermieden werden können.“

Dieses Gaunerstück des höchsten deutschen Gerichtshofes hat sogar die sonst so vornehmliche „Frankfurter Zeitung“ in Harnisch gebracht.

„Es kann“, sagt sie, und zwar hat sie darin nur zu recht, die Grundlage einer Rechtsprechung werden, durch welche (sowohl die tatsächliche Berücksichtigung als auch die kritische Würdigung der Thatsachen durch die Presse in unerhörter Weise beschränkt und gehemmt wird. Wenn der Eindruck, den es von der Letztredung eines Buches oder eines Zeitungsaufsatzes empfangt, schon an sich gereizt ist, das Publikum ungebührlich zu belästigen, wie will man da noch eine feste Grenze ziehen?“ Und weiter:

„Denn — wohlgerneht — die Erhebung der Anklage wegen Verübung groben Anzugs ist ein Privilegium des Staatsanwalts. Es ist, die Privatklage ist hier unzulässig.“

Die Staatsanwaltschaftige Kaffung ist entscheidend für die Erhebung der Anklage, und was das bei der Stellung, welche in Deutschland diese Beschuldigung einnimmt, besagen will, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. Es genügt zu sagen, daß die ganze Schärfe der neuesten Praxis in der Rechtsprechung über den groben Anzug die Opposition gegen die Regierung treffen wird. Aber hat Jemand bis jetzt auch nur einen Fall erlebt, in wel-

chem die antisemitischen Dekrete, die agrarischen Aufregungen zu einer Anklage wegen groben Anzugs geführt hätten?

Was folgen wird, läßt sich leicht voraussagen. Die Preßprozesse wegen groben Anzugs werden bald eine ständige Rubrik der Gerichtsrollen werden; wo der Art. 188 und 181 nicht zur Anwendung gebracht werden kann, wird die Nummer 11 des Art. 300 immer willkommen sein. Ein Stümper armeliger Art müßte als der Mann sein, der von der Ueberzeugung anlich oder persönlich durchdrungen, daß die Regierung und die ihr haltenden Parteien stets im guten Rechte seien, nicht in jeder Nummer eines oppositionellen Blattes, in jeder Rede eines Gegners der Regierungspolitik Stellung zu entdecken vermöchte, durch die das Publikum ungebührlich belästigt werde. — Hüßt sich der Staatsanwalt bei der Letztredung belästigt, wie wäre da zu beschreiben, daß das Gleiche von der unermessbaren Zahl von Personen gilt, die in ihren Ansichten mit ihm übereinstimmen. Noch einen Schritt weiter — das Genie bringt oft schnell vor — und man könnte debuzieren: Wenn jede Nummer einer oppositionellen Zeitschrift das Publikum ungebührlich belästigt, so ist die Letztredung eines solchen Blattes erst recht eine Belästigung, also grober Anzug, gegen den eingeschritten werden muß. Dann müßte die, bereinst formale Dummheitenparagrafen des Strafgesetzbuches, nach dem Preis und Ruhm des Staatsanwalterthums davon!

Das wäre allerdings die Krönung des Gelübdes, von dem die Phil schon einige Wochen vor vollendetem, sicher ruhend auf dem Fundament eines reichsgerichtlichen Erkenntnisses.

Gut gegeben. Schade nur, daß die Rechtskammer in Leipzig sich nicht daraus machen. Die wissen, was ihres Amtes ist, und scheeren sich dem Teufel um das Urteil Derer, die keine Orden und Würden zu vergeben haben.

Run, hoffentlich thut die „Frankfurter Zeitung“ und die ihr gefolgte ungeduldrante Presse auch ihr Möglichstes, die elenden Verbrechen des Regid der allgemeinen Verachtung preiszugeben.

— Ein zeitgemäßer Denkzettel. Man schreibt uns aus Paris unterm 14. Juli:

Wie das Fest des 14. Juli, die Jahrestage des Vorkommens, von 87 Jahren in der Metropole des Rheinlandes gefeiert wurde, darüber finden wir in dem damals in Köln erscheinenden „Deutscher“ in seiner Nummer vom 26. Messidor des Jahres VIII der französischen Republik (15. Juli 1801) folgenden Bericht:

„Köln, den 25. Messidor. Das Fest des 14. Juli gefeiert und heute, theils durch Artillerie-Salven, theils durch Glocken-Salven angebahnt, wurde heute Nachmittag von den konstituirten Autoritäten und einem sehr zahlreichen Theile der Bürgerschaft feierlich begangen. Auf dem großen Plage des Neumarcktes stand der Bataillon-Kommandant, auf ihm das Ständbild der National-Entracht und der aus der Entracht entsprungene Kraft; neben ihm zur Rechten eine Säule zu Ehren der Republik mit den Attributen des Ackerbaues, des Handels, der Wissenschaften und der Künste, des Krieges und des Sieges, zur Linken ein Obelisk zu Ehren Desaj's? und mit Inschriften, welche sich auf sein Leben und insbesondere seine militärische Laufbahn bezogen; am Piedestal die Worte: Il a fait pour vivre dans la posterité. Drei Reden wurden gehalten: eine auf deutsch vom Regierungs-Kommissar bei der hiesigen Municipalität auf den 14. Juli; die andere in französischer Sprache vom Kommissar der Regierung bei dem hiesigen Tribunale auf Desaj's Tod; die dritte vom Präsidenten der Municipalität über die Wichtigkeit des Tages und die Hoffnungen, die er veranlaßt. Vor und nach, und unter militärischer Musik, wurden von bewaffneten Bürgern, deren gegen 600 anwesend waren, militärische Evolutionen mit der von ihnen mehrmalen schon bewiesenen Geschicklichkeit ausgeführt. Das Wetter war schön, die Ordnung und die Einigkeit vollkommen, und mit dem süßesten Vorgefahl wünscht man bald das Friedensfest von dieser modernen und unermesslichen Bürgerkraft feiern zu sehen.“

In Anfangs unseres Jahrhunderts feierte Köln republikanische Feste. Und heute? Heute sind die Nachkommen derer, die durch die erste französische Revolution reich geworden sind, in ihrer Mehrheit dem Ultramontanismus verfallen und eifern in Wort und Schrift gegen die „verderblichen Grundzüge“ derer, denen sie zu einem nicht geringen Theile ihr sogenanntes bürgerliches Ansehen und ihren Reichthum zu verdanken haben. Inzwischen ist wohl nicht die Namenliste derer, die die französische Revolution in der Presse feierten und die Verheimlichung des ihnen zugehörigen Ansehens mit Frankreich forderten, sondern auch die Namenliste derer, welche die in Kagen unter dem Hammer gedachten Domainengüter erworben. Die ultramontane Agitation wird nämlich von vielen Familien getragen und gefördert, deren Vermögen aus der von den Franzosen im Rheinlande vollzogenen Umwälzung herkommt. Auch die Kölnen unter rheinischer Richter, Staatsanwälte und sonstiger „Hüter“ ehrlieh erworbenen Eigentums“ haben ihr Schicksal unter den „verderblichen Grundzügen der ersten französischen Revolution“ in's Trockne gebracht.

Es wäre überhaupt sehr verdienstlich, unserer heutigen abligen und bürgerlichen Respektabilität bei jeder passenden Gelegenheit die Geschicke ihres Eigentums unter die Rufe zu reden.

— Es reicht noch nicht. Den braven Rationalisten sind die politischen Strafgesetze nicht hart genug. Ihr patriotisches Gemüth verlangt nach höheren Strafen. So schreibt der Straßburger Ableger der „Kölnischen Zeitung“:

„In hiesigen juristischen Kreisen wird die Frage erörtert — und zwar in direktem Bezug auf den Landesvertrahsprozess Klein und Genossen — ob nicht die Durchsicht der bezüglichen Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuches über Landesvertrahsdelikte nöthig erscheine. Ganz abgesehen von dem einzelnen Falle geht die Ansicht dahin, daß die Strafandrohung nicht weitreichend genug ist für solche Verbrechen, wo um schänden Sündenlohn das Leben von Tausenden durch die Auslieferung von Festungsplänen und dergleichen verdrängt auf das Spiel gesetzt wird. Man braucht sich nur die möglichen Folgen der Verbrechen Klein auszudenken, um den Wunsch nach härterer Abschreckung mittels erhöhter Strafandrohung degehrig zu finden. Der Tödtungsversuch, wenn auch nur in mittelbarer Form, ist hier gleichsam in's Tausendfache gesteigert.“

Also Rad und Galgen her! Oder gleich den Scheiterhaufen. Wenn wir einmal beim Revidiren sind, dann auch hübsch ordentlich gearbeitet. Belläufig ein recht artiger Gedanke, die „möglichen Folgen“ in dieser Form zu verwerthen. Kann auch für andere Fälle recht fürchtig sein. J. B. wo es sich um Stridenten und ihre Hintermänner handelt, die durch gewissenlose Dekretirte das Leben nicht nur von Tausenden, sondern von Hunderttausenden auf's Spiel setzen.

— Papst Leo, der „gemäßigtere“, hat den Vater R. Cign, den hiesigen Anbänger Henry George's, wegen Widergesetzlichkeit gegen den Erzbischof Corrigan exkommuniziert. Diese Maßregel war von vornherein zu erwarten gewesen, und deshalb hatte Dr. Cign es vorgezogen, sich gar nicht erst in Rom zum Reichsgericht zu stellen. Die römische Kirche macht heute mit ganz besonderem Eifer in „Gesellschafts-Revolution“, sie hofft auf diese Weise immer mehr Projekten aus den Reihen der um ihren Geldsack zitternden oder den Beden tausend zu gewinnen, und so ist ihr ein Preister, der eine wider die Privilegien derselben gerichtete Agitation unterstüßt, eine höchst unbedeutsame Erscheinung. Also hinaus mit ihm aus der Kirche!

Und die oberen Lehntausend, ob katholisch, jüdisch oder protestantisch, ob Freigeister oder Pietisten, sind auch mit dieser Exkommunikation sehr einverstanden, handelt es sich doch um die ihnen allen gleich heilige „Religion des Kapitals“!

Dr. Cign — schreibt das „Phil. Tageblatt“ — tritt mit einer Kühnheit gegen die „vaterländische Maschine“ auf, die Jedem Achtung abnöthigen muß, der nicht von selbstigen Interessen erfüllt, der Propaganda, die Dr. Cign betreibt, ist abweisend gegenüber. Würde sich dieser nicht auf die Seite der armen Leute stellen und im Geiste des Anarchismus zu wirken suchen, so würde die amerikanische Presse seinem mannhaften Widerstande gegen römische Kamakung applaudiren. So aber begnügt sie sich im besten Fall, indem sie einen ledig referendären Standpunkt einnimmt, meistens aber sogar die Verechtigung des Papstes zur Disziplinirung eines Geistlichen wegen seiner politischen Handlungen gutheißt.

— Ein hervorragender Decretirer der französischen Republik, der ein Jahr zuvor bei Marengo seinen Tod gefunden.

So ändern sich die Zeiten! Vor Jahren, als es hier noch keine von Amerikern um ihren Besitzstand erfüllte Bourgeoisie gab, machten die Amerikaner energisch Front gegen den Einfluß des Ultramontanismus. Heute ist ihre Presse die Devotion selbst gegen den hohen römischen Klerus und wenn der Papst einmal mit der Sprache herausbricht und einen Nuntius in Washington haben will, so wird er wenig Widerpruch finden. Die Hilfsbedürftigkeit der amerikanischen Kapitalisten läßt ihre Skrupel gegen den schwarzen Bundesgenossen aus Rom leichten Herzens dahin fahren.

Freilich scheint Mc Lynn die Antipathie der Bourgeoisie vollaus zu verdienen — sie vertritt einen Luther, einen Döllinger, zur Roth auch einen Renan, aber einen Kämpfer, einen Mc Lynn? — nimmermehr. Ueber die agitatorische Bedeutung dieses Letzteren lesen wir in der Chicagoer „Arbeiter-Zeitung“:

„Als deutscher Agitator wäre Mc Lynn offenbar „a failaro“ (ein Fehlgänger), als englisch sprechender Bahnbrecher einer neuen Idee ist er wohl kaum zu überzrefsen. Wer die wahrhaft nationale Anhänglichkeit der Irländer an die „Kleinheimmachende“ kennt, wer weiß, wie unendlich schwer es ist, einen Irländer aus den Klauen der Klerisei zu reißen, und ihn auf vernünftige Bahnen zu bringen, wird den Dienst, den Mc Lynn der modernen Arbeiterbewegung leistet, zu wärdigen wissen und die „Vaterschaft Gottes“ gern mit in den Kauf nehmen. Wir haben schon Hunderte von Sozialisten getroffen, deren erster Schritt zum Sozialismus der war, daß sie Katholiken wurden. Der Schritt vom gläubigen Katholiken zum Zweifler an der Unfehlbarkeit des Papstes war der erste auf der Bahn selbständigen Denkens. Und es ist wohl klar, daß ein Irländer, der erst von dem Mc Lynn'schen Widerstandsteufel befreit ist und nicht mehr demüthig gehorcht, die Anfangsgründe des Sozialismus jedenfalls bedeutend leichter beizubringen sind, als einem aus Rom schwärmenden Kasser. Da ferner jeder deutsche Sozialist sich bemüht ist, daß hier in Amerika, ohne die Irländer in den Reihen der fortschrittlichen Arbeiter, an einen Sieg der Arbeiterklasse nicht zu denken ist, so muß er Mc Lynn als Bundesgenossen freudig anerkennen.“

Einem Berichterstatter der „Philadelphia Press“ gegenüber, der ihn in Buffalo interpellirte, hatte sich Mc Lynn unter Anderem geäußert:

„Wer Rom wie ich kenne, muß über die Behauptung (eines katholischen Advokaten in New-York) als die reinste Karrikatur lachen, daß ein geistiges Duell zwischen mir und den Gelehrten stattfinden würde, die den Papst umgeben. Kardinal Simeoni und der Papst sind längst entschlossen, mich gar nicht anzuhören, sondern mich zu strafen, zu demüthigen und zu verdammen. Jener Advokat weiß ich weißlich, wie erbarmungslos und abstrakt die römische Maschine in der Behauptung ihrer politischen Fehler ist, wenn sie im Interesse ihrer weltlichen Macht und ihres pekuniären Gewinnes handelt; daß sie dann den Klauen und der Religion ganzer Völker preisgibt und den natürlichsten Bestrebungen der Völker nach nationaler Entwicklung, wissenschaftlichem Fortschritt und Freiheit Widerstand leistet.“

Jener katholische Advokat begeht den Fehler, der römischen Maschine Intelligenz, Tugend und Hingabe an geistliche Interessen zuzuschreiben, von welchen jezt wenig vorhanden ist bei dem, der sich annäht, im Namen dessen zu sprechen, der sagte: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“

Die beste Art für die Katholiken, hier, in Irland und überall, von der römischen Maschine anhängige Behandlung zu bekommen, ist, sich gegen sie aufzuwerfen, nicht, sich vor ihr zu beugen. Die moderne römische Maschine hat die Maxime des alten heidnischen Roms: die Schwachen zu schonen und die Starken zu beugen.“ in ihr Gegenbild verkehrt, sie schwärmt den Reichen und tritt die Armen nieder. Die Ingenieure der römischen Maschine, welche von ihrer Macht und ihrer Einkunft profitieren, lachen sich ins Häuschen über unsere übertriebene Unterwürfigkeit und für unsere übertriebene Weisheit zum Peter'spennig zum Unterhalt einer ganzen Armee von Lakaien und Dummeln, weltlichen und geistlichen, welche den Papst mit einem barbarischen Pomp umgibt, der kaum seines Gleichen an einem despotischen Hofe findet.“

„Das ist kräftig und wahr gesprochen“, bemerkt dazu das „Philadelphia Tagblatt“, „und obwohl wir auf einem ganz andern Standpunkt stehen als Dr. Mc Lynn, so können wir ihm nur Glück zu dem Besuche wünschen, den Papst und seine Leute vor den armen Leuten als Bundesgenossen der Reichen und als Schmeißer und Schmarotzer zu denunzieren. Er sieht jezt noch innerhalb der römischen Kirche, aber er wird, wie vor ihm die Reformatoren, über sein ursprüngliches Ziel hinausgedrängt werden, wenn er es ernst meint. Und daran ist jezt kein Zweifel mehr. Hoffentlich kommt er auch noch über seine Monomische Einseitigkeit hinaus!“

Inzwischen ist die Kommunikation erfolgt, und wir können nur wünschen, daß sich die Ansicht unseres Bruderorgans bewahrheiten möge.

— Vom Splitter und Balken. Käpel haben und Käpel draben. In ein und derselben Nummer der Berliner „Volkzeitung“ (Nr. 162 vom 15. Juli, zweites Blatt) finden sich folgende zwei Notizen: „Aus Leipzig bringt die „Post“ folgende Mittheilung als Beitrag zu dem Kapitel der französischen Flegelreien: Der Sohn eines hiesigen Wundarztes R. hielt seit einiger Zeit in Drässel in, wo derselbe in einem der besten Hotels logirte und an der table d'hôte spezialnahm. Nach vorausgegangenem leichten Geplänkel ging man am vierten Tage zur Mittags vor. Einige Herren, die ihre französische Nationalität ostentativ zur Schau trugen, sprachen sich ungenirt dahin aus, daß es bisher im Hotel ganz „anständig“ zugegangen sei, daß dies aber mit der Ankunft des „maudit passion“ anders geworden wäre und wolleter nicht begreifen, wie derselbe die Unerschrockenheit haben könne, sich mit an den Tisch zu setzen. Herr R. verbat sich diese Unerschrockenheit an das Energische und that, wie jeder anständige Mensch gehandelt hätte würde, das heißt, er wollte als der Vernünftige seiner Wege gehen und sich in einem anderen Hotel einlogiren. Kaum hatte er jedoch die Thür erreicht, als er eine ganze Ladung von Weinflaschen in das Gesicht geschleudert erhielt, natürlich von den Herren Franzosen, die sich in genügend starker Uebermacht säßten, um ein derartiges Heidenstückchen ausführen zu können. Entrüstet machte Herr R. dem Wirth des Hotels von dem Vorfalle Mittheilung und verlangte die Herausgabe seiner Koffer. Anstatt dies zu thun, zog der Wirth ein erschauertes Gesicht und entgegnete in verdummbtem Tone: „Aber Sie werden doch wegen so einer Bagatelle kein Aufhebens machen, so etwas kommt bei uns öfters vor.“

Bonn, 11. Juli. In der heutigen Schöffengerichts-Sitzung mußten zwei Studenten sich verantworten, welche in der Nacht vom 9. auf den 10. v. M. die Wand an der Expedition der ultramontanen „Deutschen Reichszeitung“ mit Linde beudelten. Angeklagt waren die Herren v. S. mann aus Rallwitz und v. Salbern aus Dresden, Mitglieder des Korps „Sorussia“. Der Erstgenannte gab zu, eine glatte Linde gegen die Wand geworfen zu haben, wobei der zweite Angeklagte Beihilfe geleistet hatte. Bezüglich des Notius der That gaben sie an, durch Artikel der „Deutschen Reichszeitung“ gereizt worden zu sein, so namentlich durch einen unwahren Bericht über die Pfingstfeier des Korps. (Der Artikel war der nationalliberalen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ entnommen.) Hierfür hätten sie einen Schadenersatz gegen die „Deutsche Reichszeitung“ ausüben wollen, worauf der Vorsitzende erwiderte, daß dies doch keine Manier sei. Die Frage, ob von den Angeklagten der Schaden ersetzt sei, wurde verneint. Sie hätten keine Auforderung hierzu erhalten. Die Waler- und Ankreischer-Rechnung für Wiederherstellung des Schilbes, bezw. Anstreichung des Ganges betrug 70 Mk. 50 Pf. Das Urtheil lautete, laut der „Deutschen Reichszeitung“, gegen Beide auf je 60 Mk. Geldbuße.“

Selbst wenn die erste Noth richtig, d. h. wenn die Sache sich wirklich so verhalten, wie der Leipziger Student sie der Berliner „Post“ mitgetheilt, so zeigt die zweite Noth, daß die Flegelreien keineswegs ein Monopol der Franzosen sind, sondern in Deutschland ganz vortrefflich gedeihen. Den pfarrherrlichsten und der Verheerung bestimmten Ausbruch „französischer Flegelreien“ hätte die „Volkzeitung“ daher auf alle Fälle der „Post“ überlassen können. Zudem kennt die „Volkzeitung“ doch sehr gut den Geist der Leipziger Studentenschaft, bezw. des Theils derselben, der die Berliner „Post“ zum Sprachrohr wählt, hat ihn so oft und so treffend gekennzeichnet, daß sie dem Bericht schon einige Schritte hätte entgegenbringen können. So kommt uns der Umstand sehr verdächtig vor, daß der Name des „besseren Hotels“ nicht angegeben, eine Kontrolle also unmöglich ist. Schreiber dieses ist wenigstens wiederholt in Frankreich gewesen und, obgleich seine Aussprache des Französischen dem Deutschen sofort verräth, stieß in anständiger Weise behandelt worden, er war Zeuge, wie deutsche Arbeiter, die von Paris nach Deutschland zur Stellung führen, im Waggon allerhand Gassenhauer sangen und sonstigen, die Mitreisenden sehr belästigenden Lärm aufführten, ohne von diesen irgendwie belästigt zu werden, es scheint ihm daher wenig glaubwürdig, daß Franzosen, und noch dazu in einem fremden Lande, sich, ohne proposirt zu sein, so lächerlich abbehalten aufgeführt haben sollten. Aber selbst wenn sie es gethan, so hätten sie, wie gesagt, nur nach berühmten Mustern gehandelt. Wir erinnern nur an gewisse Vorgänge im „Einfiedler“ in Berlin und ähnlichen Kneipen der Blüthe der Intelligenz des deutschen Reiches. Item, mehr Voracht den deutschen Heißblütern gegenüber.

— Vor Einbrechern wird gewarnt! Aus Erfurt erhält die „Frankfurter Tagespost“ folgende Zuschrift:

„Die Post im Dienste der Polizei. Eine Paketendung aus Nürnberg, enthaltend die Broschüre „Die Belagerungszustände vor dem Reichstag“, ist von der Polizei, welche dem Postboten auf dem Fuße folgte, mit Beschlag belegt und gestern das — allerdings ungeschickliche — Verbot genannter Druckschrift im hiesigen „Allgemeinen Anzeiger“ publizirt worden. Es ist nämlich von der hiesigen Polizei eine „Schwarze Liste“ angefertigt worden, welche 43 Adressen von mutmaßlichen Sozialdemokraten enthält. (Die Abschrift des Originals ist in meinen Händen.) Dieses Adressenverzeichnis ist sowohl der Post als der Sätere Expedition hier eingehändigt worden mit der Weisung (!), alle Pakete und Listen anzuhalten, welche an diese „verdächtigen“ Personen adressirt sind!!! Genießen wir nicht eine kolossale „Freiheit“ in unserem famos „Rechtsstaat“? Wie sagte doch gleich Geylens Stephan im Reichstag? „Die Briefe sind bei der Post so sicher wie die Bibel auf dem Altar.“ — Ja wohl, aber die Bibel wird auch aufgeschlagen.“

Derartige „Weisungen“ existiren, wie aus verschiedenen, und gewordenen Mittheilungen ersichtlich, auch anderwärts. Der Einbruch ist in der Bismarck zum stehenden System erhoben worden, und die Genossen allerorts thun gut, sich das bei allen ihren Dispositionen Reis vor Augen zu halten. Leute, die sich in der Agitation irgendwie hervorgethan oder auch nur bemerkbar gemacht, sind keinen Augenblick vor der Einbrecherhande gesichert.

— Die Bismarck'sche Heißblutpresse ist außer sich, daß der „Sankt-Andreas-Klein“ in Frankreich allgemein für einen — preußischen Spion gilt. Das sei doch unerträglich!

Wie so „unerträglich“? Ist es etwa schlimmer, Agentis provokaturs gegen das Ausland anzuwenden, als gegen die Bürger des eigenen Landes? Um? Und werden nicht Agentis provokaturs gegen die Bürger des eigenen Landes angewandt? Um? Haben wir nicht Spizel und Agentis provokaturs zu Tausenden in Deutschland? Ist Maßlo's Spring — um den momentan Bekanntesten zu nennen — eine Fabel?

U. K. w. g.

— Zu dem Projekt, mit der für das Jahr 1889 in Aussicht genommenen Pariser Weltausstellung wiederum eine spezielle Arbeiterindustrie-Ausstellung zu verbinden, schreibt die Wiener „Stichtzeit“ sehr treffend:

„Wir haben nie begriffen, welcher Werth den sogenannten „Arbeiterindustrie-Ausstellungen“ beizumessen sei. Was soll durch sie bewiesen werden? Daß die Arbeiter die Dinge machen können? Wer macht denn die Sachen, die auf anderen Ausstellungen zu sehen sind? Oder, daß man auch ohne Kapital, b. h. ohne ausreichende, auf der Höhe der Zeit stehende Arbeitswerkzeuge produziren kann? Der Erfolg dieser Ausstellungen zeigt, wie wenig das gelingt. Der einzige Sinn liegt vielleicht darin, daß die persönliche Geschicklichkeit des einzelnen Arbeiters auch unter seinem Namen zur Geltung gebracht wird, während der Name des Unternehmers sonst das Verdienst des Arbeiters deckt und verschwinden macht. Aber im Uebrigen: es gibt keine anderen Ausstellungen als „Arbeiterindustrie-Ausstellungen“; Alles was da zu sehen ist, sind eben „Erzeugnisse der Arbeiter“. Und wenn die oben citirte Noth (aus der Bourgeoisipresse) so lächerlich genau zwischen „Erzeugnissen der Arbeiter“ und „denen der Arbeitgeber“ unterscheidet, so möchten wir diese genaue Abgrenzung schon aufgeben, aber in einem andern Sinne. Es würde sich in der That sehr empfehlen, wenn man einmal eine Spezialausstellung der „Erzeugnisse der Arbeitgeber“, also statt einer Arbeiterindustrie-Ausstellung eine „Kapitalistenindustrie-Ausstellung“ veranstaltete. Viel Lärm würde sie ja nicht beanspruchen! Wir fürchten nur, daß sie auch nicht sehr reichhaltig und anregend wäre, fernermal die „Arbeitswerkzeuge der Unternehmungskasse“ sich fortwährend vereinfachen und schon heute beinahe auf die — Kuponisierere reduziert sind.“

Derselbe Gedankengang, von dem hier unser überreichliches Bruderorgan ausgeht, bestimmte unsere Stellungnahme gegenüber der vorigen Pariser Arbeiterindustrie-Ausstellung, was wir namentlich deshalb hervorheben, weil es nicht an Stimmen in der Presse gefehlt hat, welche unsere damalige „Nüchternhaltung“ auf persönliche Antipathien zurückführen zu müssen glaubten. Derartige kleinliche Beweggründe liegen uns absolut fern, wir konnten und eben nicht für eine Sache erwärmen, die einer höchst konfus, wenn nicht direkt kleindürgerlichen Auffassung der Arbeiterfrage ihre Entstehung verdankt. So haben wir uns damit begnügt, das Einladungs-Schreiben des französischen Einberufungskomitee abdrucken, im Uebrigen aber es der Entscheidung der deutschen Arbeiter überlassen, selbst Stellung zu der Ausstellungs-Idee zu nehmen.

Ziel größeren Anspruch auf unser Interesse hat die im Zusammenhang mit der Ausstellung geplante Internationale Arbeiter-Zusammenkunft, zu der die Arbeiter-Organisationen aller Länder und aller Richtungen eingeladen werden sollen. Wird diese zweckmäßig veranstaltet, so kann sie auf die Gesamt-Arbeiterbewegung anregend und befruchtend zurückwirken, und so von großem Nutzen für die Arbeiterfrage sein.

*) Die Broschüre enthält nämlich nichts als den stenographischen Bericht der ganzen Debatte.

— Bei Redaktionschluss erfahren wir aus einem, uns aus London zugehenden Schreiben, daß die neueste Nummer der „Autonomie“, die uns wunderbarerweise bis heute noch nicht zugegangen ist, eine ausführliche „Rechtfertigung“ des Herrn Beukert enthält, in der er — natürlich — als das unauflösbare Opfer eines unerhörten Ränkespiels hingestellt wird. Wir bedauern, daß wir durch das Ausbleiben der „Autonomie“ verhindert sind, Herrn Beukert so prompt zu antworten, als seine — Erklärungen ungewisselhaft verdienen, es bleibt uns aber unter so demantenden Umständen nichts übrig, als ihn und seine Freunde auf acht Tage zu verdrösten. Gut Ding kommt nie zu spät, sie sollen für das Warten gehörig entschädigt werden.

— Bei Redaktionschluss erfahren wir aus einem, uns aus London zugehenden Schreiben, daß die neueste Nummer der „Autonomie“, die uns wunderbarerweise bis heute noch nicht zugegangen ist, eine ausführliche „Rechtfertigung“ des Herrn Beukert enthält, in der er — natürlich — als das unauflösbare Opfer eines unerhörten Ränkespiels hingestellt wird. Wir bedauern, daß wir durch das Ausbleiben der „Autonomie“ verhindert sind, Herrn Beukert so prompt zu antworten, als seine — Erklärungen ungewisselhaft verdienen, es bleibt uns aber unter so demantenden Umständen nichts übrig, als ihn und seine Freunde auf acht Tage zu verdrösten. Gut Ding kommt nie zu spät, sie sollen für das Warten gehörig entschädigt werden.

Sprechsaal.

Wir bringen zur Kenntniß, daß ein gewisser **Ditto Roth** in Wiesbaden bei dem neugeborenen Kriminal-Polizeikommissar H. Hennig, Hellmünd-Straße Nr. 27 II. dableibt Spizeldienste versteht. Roth verkehrte häufig in der Wirklichkeit „zur Gule“, wo er bisher oft Kundenlang die Genossen beobachtete, aber mit Riemannem sprach. Ein Genosse aus Mainz — wo Roth auch bekannt ist — gab ihm in der „Gule“ das Wort Spizel zu hören, seither ist er verdüstet.

Unter dem Namen Valentin Roth, Roßdurststraße, Castel bei Mainz, suchte derselbe sich verschiedene Male von uns „verboteene Schritte“ zu verschreiben. Wollte man, sofern bekannt, Weiteres über Roth's Wissenwerthes hierher berichten und demselben, wo er sich zeigt, entsprechend behandeln.

Expedition des Sozialdemokrat.

Zur Beachtung.

Der frühere Coiffeur, Annoncen-Beisende, Kuppler und Polizeispizel **(E.) J. Clarenbach** aus Maltrankädel (bei Leipzig), im Frühjahr 1887 in Zürich wegen Betrugs zu Gefängnis und dreijähriger Verweisung aus der Schweiz verurtheilt, hat von Konstanz aus, wo er neuerdings ca. 4 Wochen „gastirt“ und viel mit Schauspielern verkehrte, angeblich nach Leipzig oder Dresden sich begeben.

Er soll sich als „Partei-genosse“ und gelegentlich als „Krawachist“ aufgespielt, mitunter auch ein Sonntagsausflügler zu seiner Dulzinea nach Zürich riskirt haben, wo er einigemal gesehen worden sein soll.

Der hiernach ziemlich unternehmende, allemählig als bezahlter deutscher Polizei-Spizel überführte Clarenbach ist ein hübscher, übermittelgroße Erscheinung, elegant gekleidet, schwarzhaarig mit schwarzem, langem Schnurrbart, bräunlichem Teint und dunklen Augen.

Sorge man allerwärts für einen entsprechenden Empfang und schleunigste Weitergabe dieser Warnung.

Die Züricher Vertrauensleute.

Quittung.

Für die Familien der Ausgewiesenen Nr. 10 — von den Darmstädter Genossen erhalten zu haben, bescheinigen hiermit dankend **Die Empfänger in Frankfurt a. M.**

Briefkasten

der Redaktion: R. in Ebur: Wir haben weder Zeit noch Lust uns mit Ihnen herumzustritten. In Ihrem Brief steht deutlich der von uns angegebene Name, und zwar mit einem S, während Sie den jetzigen Bezeichneten richtig mit F schreiben. Woher Sie unter solchen Umständen den Muth nehmen, von „Verbrechung“ zu schreiben, ist uns unerfindlich. Ihre Bemerkung über Denunzianten und Haupt-Denunzianten ist F allgemeiner Natur, als daß wir darauf einzugehen Veranlassung hätten — Briefe und Einwendungen erhalten aus Danzig, Elberfeld, Solingen, Wien. — Gr.: Becker-Kaufmann in London in nächster Nummer.

der Expedition: K. H. Kustud: Fr. 250 Mk. 3. Du. u. Fr. 150 pr. Ueb. dth. erh. Adv. G. 2. ist uns nicht bekannt. — Fr. B. Rog. Nr. 3 — Ab. 3. Du. erh. — Fr. G. F. a. D.: Nr. 450 Ab. 3. Du. erh. — Rother Hans: Nr. 100 — a. Gto. Ab. 3. Du. erh. — Hllg. notiz. Hll. Weiteres. — R. R. a. S.: Nr. 2 — Ab. 3. Du. erh. Hll. mehr — Treibig S. Paolo: Fr. 10 12 Ab. 1/7. 87—1/7. 88 pr. G. B. G. erh. — E. Böhm R. Hork: Wo bleibt Antwort auf unsere P. R. vom 21/5? — Rother Sauerländer: Nr. 22 — f. Sgh. erh. Sgh. folg. Weiteres notifizirt. Noch 1 Cypir. für's Archiv erwünscht. — Großes Buchhaus: Nr. 440 Ab. 3. Du. Sch. J. erh. Vse. freuten. — Rother Erde: Nr. 3 — Ab. 3. Du. erh. Adv. gelöst. — J. P. E.: 5 dth. erh. u. Herson Nr. 440 Ab. 3. Du. u. Nr. 360 pr. Ab. dth. erh. 29 ging noch an alte Adv. Weiteres später. — E. St. 2.: Nr. 3 — Ab. 3. Du. erh. Hll. Gemüthliches. — Unerforschener Colla: Nr. 5 — f. Sgh. erh. Hllg. fort. Hll. Weiteres. — Fr. G. Sgh.: Nr. 5 — f. Sgh. 2. u. 3. Du. erh. Hllg. mit 29 fort. — Falken: dth. 5 — a. Gto. Ab. 3. Du. erh. — Fr. Sgh.: Nr. 140 f. Sgh. erh. Hllg. abg. — Dose: Nr. 440 Ab. 3. Du. u. Nr. 440 pr. Ueb. dth. erh. — Fuchs f. S. R.: Nr. 320 a. Gto. Ab. 3. Du. erh. Hll. 16/7. Weiteres. — X 3 V.: Nr. 20 — a. Gto. Ab. 3. Du. erh. Hll. 18/7. — Louise: Nr. 1520 Ab. 3. Du. u. Sgh. erh. Adv. geordnet. Hll. Weiteres. — J. Sghl. Winona: Fr. 5 — Ab. 3. u. 4. Du. u. Nr. 524 pr. Ueb. dth. erh. Adv. geordnet. — Lodernde Flamme: Nr. 180 Ab. 3. Du. u. Nr. 2 — pr. Ueb. dth. erh. — J. Strauß R. Hork: Fr. 3040 a. Gto. Ab. 3. Du. erh. — R. Rghr. Nr.: Fr. 120 f. Sgh. erh. — Fr. Hll. B.: Nr. 5 — Ab. 3. Du. erh. — Därmig: Fr. v. 187 erh. In der Hauptfrage ganz unsere Ansicht, großentheils sogar bereits Pragis. Hll. Weiteres. — Brauner Wör: Adv. geordnet. G. gelöst. — Großes Buchhaus: Almaran, da nicht preffirt. Gruß! — Schmarz fagen: Erbitten Nachr. über Gr.'s Angelegenheit. Hll. mehr.

Anzeigen.

„Londoner Arbeiter-Zeitung“
mit illustrirter Beilage.

Preis: vierteljährlich pr. Kreuzband Nr. 2 —.
„Briefsendung Nr. 3 50.

Herausgeber:
Der kommunistische Arbeiter-Bildungs-Verein,
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road, London W.
Zum Abonnement ladet ein
[Nr. 2 —.] **Die Zeitungs-Kommission.**

Luzern Alle zureisenden Arbeiter, Freunde und Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich unser Verkehrslokal in der Bierhalle „Eintracht“ (1. Stock) befindet, und wir nach besten Kräften für Arbeitsvermittlung u. s. w. den zureisenden an die Hand gehen.

Parteiliteratur liegt auf und finden auch belehrende Diskussionen statt.

Sozialistische Mitgliedschaft Luzern.
Der Vertrauensmann.

Meine Adresse ist von jezt an:
G. W. Sorge, Redakteur, New-York.

Soeben erschien und ist durch uns zu beziehen:
Sozialdemokratische Bibliothek.

Heft XIV. **Gracchus Babeuf und die Verschwörung der Gleiches.** Von G. Deville. Aus dem Französischen übersezt und mit einem Nachwort von G. Bernkeis.
Preis: 45 Pf. — 55 Cts.

Heft XV. **Die Wissenschaft und die Arbeiter.** Eine Bertheiligungsvrede von F. Zassalle.
Preis: 20 Pf. — 25 Cts.

Porto und Versandkosten außer der Schweiz kommen in Cassen der Besteller.

Bestellungen auf die „Sozialdemokratische Bibliothek“ werden erbeten. Die Hefte werden auch einzeln abgegeben.

Zahlreichen und baldigen Bestellungen sehen entgegen

Volksbuchhandlung und Expedition des „Soz.“
Hettingen-Zürich.

Gedruckt, Genossenschaftsdruckerei Hettingen-Zürich.